

Der Abend  
5. IV. 1919

79 15

## Sozialisierung und Profitschuk

Die Lebensmitteleinfuhr ein Vorwand für  
Millionengehenke.

In der Nationalversammlung hat gestern Dr. Otto Bauer Mitteilungen über die Arbeiten der Sozialisierungskommission gemacht. Wir erfuhren, daß einige gesetzgeberische Vorarbeiten in Durchführung seien und daß nach Ostern dem Hause die ersten Gesetzesvorlagen über die Sozialisierung zugehen würden, wobei nicht gesagt wurde, ob diese Vorlagen erst die notwendigen Rahmengesetze oder schon sachliche Vorschläge über die Sozialisierung einzelner Industrien enthalten werden. Wir erinnern uns noch, mit welcher Fügigkeit, mit welcher erfreulicher Eile und Gewandtheit nach der Oktoberrevolution die Verfassungsgesetze der Republik fertiggestellt wurden. Wenn wir damit die Bedächtigkeit in der Sozialisierungsfrage vergleichen, so müssen wir sagen, daß wir die tiefe Unzufriedenheit begreifen, die heute die überwiegende Mehrheit der werktätigen Einwohner der Republik erfüllt.

Wir begreifen sehr wohl, daß sich der Präsident der Sozialisierungskommission, wie er sagte, nicht auf Experimente einlassen und nur nach wohlervogenem, wohl begründetem Plane schrittweise vorgehen will.

Noch wichtiger aber ist, daß unsere Volkswirtschaft eine Verzögerung der Sozialisierung einzelner Industrien einfach nicht verträgt. Ein Vorfall, der sich gestern ereignete und den wir nur mit Empörung verzeichnen können, bestätigt nicht nur unsere Meinung, sondern gibt uns auch die Überzeugung, daß Herr Dr. Bauer in diesem Falle nicht anders denkt als wir. Es handelt sich um die Sozialisierung des Holzes, über die wir schon wiederholt geschrieben haben.

Gestern nachmittags hat der erste Sekretär der Wiener Handelskammer, Herr Dr. von Thayenthal, die großen Holzhändler zu einer Besprechung eingeladen, in der er ihnen folgenden Plan vorlegte: Es sollen die größten Holzgeschäfte Deutschösterreichs, und zwar nur jene, die schon im Frieden mehr als tausend Waggons Holz jährlich ins Ausland ausführten, ein großes Syndikat zum Zwecke der Zentralisierung der Holzexporte Deutschösterreichs bilden. Herr Dr. von Thayenthal teilte mit, daß der Staat Deutschösterreich gewillt sei, für die Syndikatseinlagen eine Verzinsung von 10 v. H. zu verbürgen, und begründete diese sehr kostspielige Bereitwilligkeit der Republik Deutschösterreich damit, daß die Republik die ausländischen Guthaben für die Holzlieferungen des Syndikats dringend benötige, um in ihnen die Bedeckung für die Lebensmitteleinkäufe zu finden.

Die Auseinandersetzungen des Herrn Dr. von Thayenthal erregten bei einem Teil der Anwesenden lebhafte Entrüstung, und zwar deswegen, weil er die kleineren Holzgeschäfte zu dem mindestens zehnpromigen Geschäft nicht zulassen will. So kamen denn die Absichten der Handelskammer zu unserer Kenntnis. Wir meinen aber, daß es sich hier nicht nur um den Schutz der kleinen Holzhändler handelt, sondern vor allem um den Schutz des Staates und der Bevölkerung. Wir rechnen an, daß die Republik in den nächsten Monaten mindestens eine Milliarde Kronen für Lebensmittel brauchen wird, und wenn hierfür die Geldbedeckung durch Holzlieferungen geschaffen werden soll, und die großen Holzhändler dabei nur 10 v. H. verdienen, so wie man ihnen ja auch die Syndikatseinlagen mit diesem Satze verzinsen will, so ergäbe sich, daß der Staat 100 Millionen Kronen an Zwischenhändler nutzen bewilligen müßte ganz unnötigerweise, denn die Angabe, daß die Republik Deutschösterreich im Auslande solange keinen Kredit habe; ehe nicht das Holz sich im Auslande befindet, daß aber das Ausland einen Kredit für versprochene Holzlieferungen wohl den großen Holzhändlern einräumen werde, ist lächerlich.

Von den fast 4 Millionen Hektar Waldfläche, die Deutschösterreich sein Eigen nennt, sind 400.000 Hektar, das sind 10 v. H., heute schon in Staatsbesitz. Auch einige Sägen gehören dem Staate. Statt aber selbst für die Allgemeinheit zu arbeiten, hat er seine Sägen an Privatunternehmer verpachtet, zwischen sich und seine Bürger die gierigen Krallen der Profitmacher eingeschaltet, zwischen sich und sich, müßte man sagen, wenn wir in der I. R. Republik schon so weit wären, daß Volk und Staat das gleiche bedeuteten. Wären wir nur auf dem geraden Wege dahin, dann müßte auch die Achtelmillion Hektar fürstlichen Waldbesitzes, auf dem das Volk für die nichtstehenden Äuften robotten darf, und die Viertelmillion Fideikommisswälder dem Volke zur brottragenden Arbeit und Selbstverwaltung zur Verfügung stehen, dann müßte auch die halbe Million Hektar Wald der Gemeinden und öffentlichen Fonds dem Volke und nicht dem Großkapital die Möglichkeit bieten, sich reichlich Brot und Fett im Auslande zu kaufen. Das ist aber nur möglich, wenn die Regierung die staatlichen Sägen in eigene, in eine sozialistische Verwaltung nimmt, wenn alle Waldbesitzer, die nichts arbeiten, sondern nur Profit ziehen, enteignet, wenn

sobald, nicht von Bureaukraten und Kapitalisten, sondern von sozialistischen Fachleuten die Organisation von neuen Sägewerken zur Ruhbarmachung der großen Waldbesitze aufgebaut wird, so daß viele Arbeitslose lohnende Arbeit und die Gesamtheit die ungeheuren Werte aus den Wäldern für sich erhält, die jetzt das Großkapital schluckt, die wir aber für das Volk brauchen, um unsere Valuta zu heben und uns endlich, endlich von den Qualen des Hungers zu befreien.

Auch wir sind der Meinung, daß die Sozialisierung der Wirtschaft wohl durchdacht und wohl durchgerechnet vor sich gehen müsse. Aber daß man so lange über die Sozialisierung nachdenke, ihre Möglichkeiten errechne und Sachverständige einvernehmen müsse, bis das Kapital unseren größten Volksschatz, das Holz, ausgeheutet und zum Teil verschleppt hat, nur um noch im letzten Augenblick aus dem Hunger der Bevölkerung Riesengewinne zu schlagen — das leuchtet uns nicht ein und schon gar nicht leuchtet uns ein, daß nicht in spätestens drei Wochen jener Teil der Holzindustrie unter sozialistische Verwaltung gestellt werden könne, der zur Bezahlung der ausländischen Lebensmittel notwendig ist. Bis zum Vorjahre war es üblich, daß der Staat, wenn er sich in einer Zwangslage befand, Unternehmern Zinsen bis zu 5 v. H. gewährleistete. Wir sind jetzt bei 10 v. H. angelangt, und zwar am selben Tage, da in der Nationalversammlung der erste Bericht über die Tätigkeit der Sozialisierungskommission erstattet wurde.